

Regierungsratsbeschluss

vom 27. April 2021
 Nr. 2021/593
 KR.Nr. VA 0201/2020 (BJD)

Volksauftrag «Klimanotstand im Kanton Solothurn» Stellungnahme des Regierungsrates

1. Volksauftragstext

Die Regierung des Kantons Solothurn anerkennt die Klimakatastrophe als zu bewältigende Krise. Wir beauftragen den Regierungsrat, auf diese Krise zu reagieren, die Gesellschaft kompetent zu informieren und die Voraussetzungen zu schaffen, damit Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons aktiv die notwendigen Änderungen mitgestalten. Wir fordern keinen Notstand im institutionellen Sinn - bei dem die demokratischen Rechte des Volkes beschnitten werden - sondern klimagerechtes Handeln. Budgetgestaltung, Gesetze, Massnahmen, Beschlüsse usw. müssen auf das von der Schweiz ratifizierte Welt-Klimaabkommen von 2015 in Paris ausgerichtet werden. Die durchschnittliche Erderwärmung soll 2 Grad Celsius nicht überschreiten, und bis spätestens 2050 sind die CO₂-Emissionen auf netto Null zu senken.

Erneuerbare Energien müssen ab sofort vor CO₂-belastende Investitionen gestellt werden und das Verursacherprinzip muss konsequent durchgesetzt werden.

2. Begründung

Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre erhöhte sich seit 1850 (Beginn der Industrialisierung) bis 1950 von 280 ppm auf 310 ppm und bis 2020 auf 420 ppm, die Durchschnittstemperatur weltweit um über 1 Grad Celsius (in der Schweiz um 2 Grad Celsius). Mit dieser Geschwindigkeit der CO₂-Zunahme steuern wir auf eine Erderwärmung um über 4 Grad Celsius bis 2100 zu. Nach neuesten Erhebungen ist die Wahrscheinlichkeit nur noch bei etwa 5 Prozent, dass die Erderwärmung unter 2 Grad Celsius bleibt. Die Folgen sind drastisch für die Menschheit und machen auch vor dem Kanton Solothurn nicht Halt (Wetterextreme, Hitzetodesfälle und Gesundheitsschäden, Wassermangel, Waldbrände, Ernteausfall, Artensterben usw.).

Der Kanton ist zum Klimawandel schon in einigen Sektoren aktiv. Doch reichen diese Massnahmen angesichts des Notstandes nicht aus. Nur eine massive Senkung der CO₂-Emissionen durch eine konsequentere Klimapolitik des Kantons ab sofort in allen Bereichen hilft, die Klimakrise zu verhindern.

Die Vereinigung «KlimaGrosseltern Schweiz» wurde 2014 als Bürgerbewegung in der Westschweiz gegründet; im Februar 2019 formierte sich die Regionalgruppe Solothurn. Die heutige Grosselterngeneration war mit ihrer Arbeit massgeblich am grossen Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte beteiligt - gleichzeitig hat der enorme Verbrauch fossiler Energien und weiterer Ressourcen die heutige Klimakrise verursacht. Unser Engagement beruht auf der Sorge, unseren Enkelkindern und zukünftigen Generationen keine menschenwürdigen Lebensbedingungen auf dem Planeten Erde hinterlassen zu können.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Wir stimmen vielen Aussagen im Volksauftrag zu. So stellen wir auch im Kanton Solothurn fest, dass der Klimawandel bereits heute eine Realität ist und sich in Zukunft weiter akzentuieren wird. Gemäss den Klimaszenarien CH2018 muss im Mittelland bis Mitte dieses Jahrhunderts mit einer Zunahme der Jahresmitteltemperatur um weitere 2 bis 3 °C gegenüber der Normperiode 1981-2010 gerechnet werden, wenn der weltweite Treibhausgasausstoss ungebremst weitergeht. Selbst bei einer raschen, globalen Senkung des Treibhausgasausstosses ist eine zusätzliche Erwärmung von 0.6 bis 1.8 °C wahrscheinlich.

3.1 Internationale und nationale Politik

Die Begrenzung des Klimawandels und dessen Folgen erfordern grosse internationale, nationale und auch regionale Anstrengungen. Mit dem Pariser Klimaabkommen setzt sich die Staatengemeinschaft das Ziel, die Emissionen von Treibhausgasen so weit zu reduzieren, dass die Erderwärmung auf unter 2° C, besser noch auf maximal 1.5° C begrenzt werden kann. Ein Sonderbericht des Weltklimarates vom Herbst 2018 hat mit aller Deutlichkeit aufgezeigt, dass mit einer globalen Erwärmung von 2° C weit gravierendere Auswirkungen verbunden sein werden, als mit einer Temperaturerhöhung von «nur» 1.5° C. In derselben Studie zeigte der Weltklimarat auch klar auf, dass die globale Erwärmung nur auf 1.5° C beschränkt werden kann, wenn die weltweiten CO₂-Emissionen bis spätestens Mitte dieses Jahrhunderts auf Netto-Null sinken. Basierend auf diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen und bezugnehmend auf das Pariser Klimaabkommen hält das neue CO₂-Gesetz, über welches das Schweizer Stimmvolk im Juni 2021 abstimmen wird, in seinem Zweckartikel fest, dass der Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2° C über dem vorindustriellen Niveau zu halten sei, und Anstrengungen notwendig seien, um den Temperaturanstieg auf 1.5° C zu begrenzen.

3.2 Aktivitäten auf Kantonebene

Wir anerkennen die hohe Priorität, die der Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen zukommt. Der Klimawandel ist eine der wichtigsten umweltpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Aufgrund der föderalen Struktur der Schweiz sind dabei sowohl der Bund als auch die Kantone und Gemeinden gefordert, Massnahmen in ihrer Entscheidungskompetenz umzusetzen. Die direkte Demokratie setzt zudem voraus, dass Massnahmen zur Klimapolitik von der Bevölkerung mitgetragen werden. Diese komplexe und anspruchsvolle politische Ausgangslage setzt differenzierte Planung, gute Koordination, den Einbezug aller relevanten Akteure, zielgruppengerechte Kommunikation und schliesslich konsequentes Handeln voraus. Die Bewältigung der «Klimakatastrophe», wie die Klimaerwärmung bzw. der Klimawandel von den Verfasserinnen und Verfassern des Volksauftrages auch genannt wird, erfordert demzufolge andere Handlungsstrategien als beispielsweise die Bewältigung einer Erdbeben-Katastrophe oder von grossflächigen Überschwemmungen.

Als Reaktion auf den Klimawandel ist eine Doppelstrategie erforderlich: Durch die Verminderung des Ausstosses von Treibhausgasen, insbesondere von CO₂, kann Einfluss auf das Ausmass des Klimawandels genommen werden. Gleichzeitig sind auch Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu treffen.

Bezüglich Anpassung an den Klimawandel wurde bereits in den Jahren 2015-2016 unter Federführung des Amtes für Umwelt eine Strategie erarbeitet. Wir haben die Verwaltung mit Regierungsratsbeschluss (RRB) Nr. 2016/2033 vom 22. November 2016 mit der Umsetzung der erarbeiteten Anpassungsmassnahmen beauftragt. In der zweiten Hälfte dieses Jahres soll ein Rechenschaftsbericht vorgelegt werden, der den Stand der Umsetzung dieser Massnahmen aufzeigt. Auch im Zusammenhang mit parlamentarischen Vorstössen haben wir uns in den letzten Jahren mit Fragen zur Anpassung an den Klimawandel auseinandergesetzt. Ein Schwerpunkt bildete

dabei die zunehmend feststellbare Trockenheit im Kanton Solothurn. Wir weisen dabei auf folgende Vorstösse hin:

- Auftrag Fraktion SP/junge SP: Waldsterben infolge Hitze/Trockenheit (RRB Nr. 2020/68 vom 14. Januar 2020)
- Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen: Waldsterben auf Grund der Trockenperiode (RRB Nr. 2019/1597 vom 21. Oktober 2019)
- Interpellation Marie-Theres Widmer (CVP, Steinhof): Konsequenzen aus der Trockenheit 2018 (RRB Nr. 2019/38 vom 15. Januar 2019).

Zur Verminderung des Ausstosses von Treibhausgasen sind aktuell zwei strategische Projekte in Bearbeitung: Eine erste Arbeitsgruppe erarbeitet unter Leitung des Amtes für Umwelt einen «Massnahmenplan Klimaschutz». Diese Arbeiten wurden durch einen Auftrag des Kantonsrates ausgelöst, starteten im Sommer 2020 und dürften in der ersten Jahreshälfte 2022 abgeschlossen sein. Beteiligt an diesen Arbeiten sind Vertretungen aus den betroffenen kantonalen Amtsstellen und des Einwohnergemeindeverbandes. Diese Arbeitsgruppe wird Klimaschutzmassnahmen im Zuständigkeitsbereich des Kantons in den Bereichen Hoch- und Tiefbauten (Fokus Bauökologie), Industrie/Gewerbe, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Abfall und Konsum vorschlagen. Parallel zu diesem Projekt ist eine zweite Arbeitsgruppe daran, das Energiekonzept zu überarbeiten. Im Energiekonzept werden unter Federführung des Amtes für Wirtschaft und Arbeit primär die Förderung erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energie-Effizienz im Gebäudereich bearbeitet. Die beiden Projekte «Energiekonzept» und «Massnahmenplan Klimaschutz» werden durch die federführenden Ämter eng koordiniert und gegenseitig abgestimmt. Ziel beider Projekte ist es, die Treibhausgasemissionen des Kantons bis zum Jahr 2050 auf Netto-Null zu senken.

Zu verschiedenen Vorschlägen, die eine Reduktion des Klimagasausstosses im Fokus haben, haben wir bereits im Zusammenhang mit parlamentarischen Vorstössen und einem Volksauftrag Stellung genommen. Dies sind zum Beispiel:

- Volksauftrag «Klimagerechte Ernährung an Verpflegungsstätten der öffentlichen Hand» (RRB Nr. 2020/1871 vom 22. Dezember 2020)
- Interpellation Georg Nussbaumer (CVP, Hauenstein): Rasche Umsetzung von kantonalen Massnahmen betreffend Energiestrategie 2050, Pariser Abkommen und Netto Null Ziel des Bundesrates (RRB Nr. 2020/1153 vom 18. August 2020)
- Koordination der kantonalen CO₂- und Energiepolitik; Kenntnisnahme des Schlussberichts und weiteres Vorgehen (RRB Nr. 2020/742 vom 12. Mai 2020)
- Auftrag Dieter Leu (CVP, Rickenbach): Dekarbonisierung/Elektrifizierung des strassengebundenen öffentlichen Verkehrs im Kanton Solothurn (RRB Nr. 2019/1664 vom 29. Oktober 2019)
- Interpellation Fraktion Grüne: Klimafreundliche Landwirtschaft (RRB Nr. 2019/882 vom 4. Juni 2019)
- Interpellation Michael Ochsenbein (CVP, Luterbach): Humus als Ackerland- und Klimaretter (RRB Nr. 2019/655 vom 23. April 2019)
- Interpellation Brigit Wyss (Grüne, Solothurn): Berücksichtigung der CO₂-Bilanz im öffentlichen Beschaffungswesen (RRB Nr. 2016/1010 vom 7. Juni 2016).

3.3 Fazit

Im Einklang mit den Unterzeichnenden des Volksauftrages sind wir der Meinung, dass die Klimaerwärmung eine globale Herausforderung darstellt, die rasches Handeln erfordert. Auch der Kanton muss seinen Beitrag zum Schutz des Klimas leisten, um den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2050 auf Netto-Null zu senken. Dabei ist eine Abstimmung seiner Aktivitäten mit denjenigen anderer staatlicher Ebenen zwingend notwendig, um eine optimale Wirksamkeit zu erzielen und um Doppelspurigkeiten und unerwünschte Nebenwirkungen zu vermeiden.

Zwei Arbeitsgruppen sind gegenwärtig in unserem Auftrag an der strategischen Planung einer kantonalen Klimapolitik. Diese kantonale Politik muss zudem mit der nationalen Klimapolitik koordiniert werden, die aufgrund der Abstimmung zum CO₂-Gesetz im Juni 2021 noch mit Unsicherheiten behaftet ist. Im Sommer 2022 dürften die entsprechenden Grundlagen für den Kanton vorliegen. Darauf aufbauend, sollen anschliessend rasch prioritär Klimaschutzmassnahmen mit gutem Nutzen-Kosten-Verhältnis umgesetzt werden.

Obwohl diese Arbeiten noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden, haben wir die Absicht, bei allen aktuellen Geschäften die Anliegen des Klimaschutzes mit zu berücksichtigen, soweit diese Geschäfte klimarelevant sind. Dass wir dem Klimawandel bereits heute grosse Beachtung schenken, haben wir bereits mehrfach unter Beweis gestellt (Beispiele: Bau/Umbau von Gebäuden im Kantonsbesitz, Umsetzung von Sofortmassnahmen gemäss den Vorschlägen der Arbeitsgruppe «Koordination der kantonalen CO₂- und Energiepolitik», Aktionsplan «Anpassung an den Klimawandel»). Wir haben zudem die Absicht, die Berücksichtigung des Klimawandels in unseren Legislaturplan 2021-2025 aufzunehmen. Um unsere klimarelevanten Aktivitäten auch mit den Nachbarkantonen besser abzustimmen, sind wir im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz schliesslich daran, eine Klima-Charta auszuarbeiten. Darin bekennen wir uns unter anderem dazu, in Bereichen gemeinsamer Betroffenheit und Schnittstellen eng mit den Nachbarkantonen zu kooperieren.

4. Antrag des Regierungsrates

Erheblicherklärung mit geändertem Wortlaut:

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn wird beauftragt, die Gesellschaft über die Folgen des Klimawandels kompetent zu informieren und die Voraussetzungen zu schaffen, damit Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons aktiv die notwendigen Änderungen mitgestalten.

Der Regierungsrat wird im Weiteren beauftragt, klimagerecht zu handeln sowie Budgetgestaltung, Gesetze, Massnahmen, Beschlüsse usw. auf das von der Schweiz ratifizierte Welt-Klimaabkommen von 2015 in Paris auszurichten und in der Legislaturplanung aufzunehmen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Verteiler

Bau- und Justizdepartement

Bau- und Justizdepartement (br)

Amt für Umwelt (mh)

Aktuariat UMBAWIKO

Parlamentsdienste

Traktandenliste Kantonsrat

Burki Adrian, Rehhubelstrasse 9a, 4532 Feldbrunnen